

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa.
Grenzstr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 53.

Montag, 4. März 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsunternehmern, Beschäftigten der Druck- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Aufgebots sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 20 mm breiten, 1 mm hohen Schriftsatz (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restanzeige 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Auftrag verfällt, wenn keine Angabe über den Zeitpunkt der Lieferung gemacht ist. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsunterhaltungsbeilage "Spiegel an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Anwaltschaft oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götzestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der südamerikanische Erisapfel.

Die Postfach hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Peru und Chile sollen sich über Tacna-Arica geeinigt haben. Danach bekäme Chile Arica und Peru Tacna. Die Lösung erscheint schon allein deswegen unwahrscheinlich, weil der dritte beteiligte Staat, Bolivien, leer ausginge. Und gerade der Anspruch Boliviens betrifft elementarste Lebensinteressen dieses Staates, nämlich den freien Ausgang zum Meere hin. Der Streit um Tacna-Arica ist für Bolivien hundertmal wichtiger als für Chile und Peru. Wohl handelt es sich bei den letztgenannten Staaten um bedeutende wirtschaftliche Interessen. Das umstrittene Gebiet ist auslaggebend für die südamerikanische Salpeterproduktion. Der Kampf um diese ist aber einigermaßen gemildert worden, seit es kein chilenisches Salpetermonopol mehr gibt. In Deutschland arbeiten die Leuna-Werke auf Grund der chemischen Entdeckungen, die den Salpeter aus dem Stidstoff der Luft zu gewinnen erlauben. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Salpetervorkommen in Chile keinen großen wirtschaftlichen Wert mehr darstellen. Aber sie sind immerhin nur ein Produktionszweig neben anderen, und die vorzügliche Lage Chiles an der Küste des Stillen Ozeans sichert ihm einen bedeutenden Anteil am Weltmarkt unter allen Umständen. Bolivien als reiner Binnenstaat dagegen ist durch seine gewalttätige Abschließung vom freien Meere fast zum Scheitern verurteilt. Nach allen Dimensionen von fremden Grenzen umgeben, ist seine Wirtschaftspolitik völlig vom guten oder schlechten Willen der Nachbarn abhängig geworden. Früher erstreckte sich Bolivien von Arica bis Autofagasta an der Küste des Stillen Ozeans entlang. Die beiden genannten Orte sind wertvolle Häfen und außerdem beide mit Boliviens Hauptstadt La Paz durch Eisenbahnen verbunden. Umso gewalttätiger erscheint der Friede von 1883, der nach sechsjährigem blutigem Kriege diesen ganzen langen Küstentrich dem Staate Bolivien und dem verhandelt Peru abnahm und die Eisenbahnverbindungen politisch zerschnitt. Das ist die Situation, die auch heute noch besteht. Ein Blick auf die Karte zeigt ihre Unnatur und man versteht, daß sich Bolivien gegen die Anerkennung des Friedens von 1883 immer wieder sträubte, Schiedsgerichte anrief und dem benachbarten Chile, dem es militärisch freilich nichts anhaben kann, politisch soviel Schwierigkeiten wie möglich machte. Es kann deshalb aber auch keine Verständigung über Tacna-Arica als endgültig betrachtet werden, in die Bolivien nicht mit einbezogen würde. Man muß wohl vom allgemein menschlichen Standpunkte, der doch schließlich auch in der Weltpolitik nicht ohne Schaden vernachlässigt wird, sagen, daß der Friede von Ancon 1883 eine so rückwärtslose Vergeßlichkeit darstellt, wie selten ein Friede in der Weltgeschichte. Wenn sich die Weltpolitik um ihn bisher weniger kümmerte, so deshalb, weil man sich in den Kreisen der Weltpolitik, insbesondere in Europa, um südamerikanische Verhältnisse nicht sonderlich aufzuregen gewöhnt war. Das ist aber anders geworden, seit der Weltkrieg und der Weltverkehr die Kontinente näher zusammenrücken und auch südamerikanische Vorgänge Einfluß auf europäische Verhältnisse nehmen ließ. Man braucht da nur an die Rolle der südamerikanischen Staaten im Völkerverbund zu erinnern. Andererseits suchen die Vereinigten Staaten Südamerika für sich zu gewinnen, suchen, mit diesem Kontinent im Bunde, eine Konkurrenz auch für den Völkerverbund zu schaffen und würden durch ihre wirtschaftliche Angliederung den Weltmarkt endgültig beherrschen. Das also läßt die Politik auch außerhalb der nächstbeteiligten Staaten aufmerken, wenn jetzt immer wieder vom Tacna-Arica-Streit die Rede ist.

Wenn irgend ein Streit die Welt entzweit, wird man Chile und Bolivien freis auf entgegengesetzten Seiten finden. So trat Chile während des Weltkrieges für Deutschland ein und blieb wohlwollend neutral. In seinen Küsten wurde bekanntlich die Schlacht des deutschen Geschwaders unter Admiral von Spee geschlagen. Bolivien nahm Wilsons Botschaft vom Zugang zum freien Meer begeistert auf. Es hatte auf die Karte des Sieges gesetzt und dadurch einen beachtlichen Vorsprung vor seinem Gegner gewonnen. Die Präsidenten der Vereinigten Staaten wurden von ihm als Schiedsrichter angerufen und Chile konnte sich nicht widersehen. Es versuchte seinerseits, den Völkerverbund für sich zu gewinnen. Aber die Schiedsgerichtskommission kam schließlich trotz jahrelanger Arbeit auch zu keinem positiven Ergebnis. Daß sich das nordamerikanische Kapital während dieser Zeit in Bolivien breit machte, nahm letzterem wieder die Sympathie der Nachbarstaaten. Als Kellogg vorschlug, die zwischen Peru und Chile strittigen Gebiete bis zur endgültigen Entscheidung vorläufig unter die Verwaltung Boliviens als eines neutralen Staates zu stellen, konnte dieser Vorschlag nur mit verständnisvollem, aber ablehnendem Lächeln in den anderen südamerikanischen Staaten aufgenommen werden. Es wurde dann ein Versuch mit Argentinien als Schiedsrichter gemacht. Und die Autorität des tatsächlich künftigen Präsidenten Irigoyen konnte noch am ehesten den bösen Erbsapfel aus der Welt schaffen. Er vertritt vor allem das südamerikanische Interesse, die Vereinigten Staaten nicht einfach zum Vormund werden zu lassen. Gerade deshalb wird man freilich bei ihm auf keine allzu große Sympathie für das von Washington abhängige bolivianische Vorhaben dürfen. Andererseits muß auch er sich sagen, daß er Bolivien aus der nordamerikanischen Umklammerung nur dann wird lösen können,

Aushebung einer politischen Fälscherzentrale.

Hier Russen in Berlin festgenommen.

(Berlin, 3. März. Eine sowjetische Fälscherzentrale, in der ganz große Politik gemacht wurde und in der gefälschte Dokumente hergestellt wurden, die von Berlin aus über Paris ihren Weg nach den Vereinigten Staaten nahmen, ist von der Politischen Polizei ausgehoben worden. Es wurden in dieser Angelegenheit vier Personen festgenommen, von denen drei ehemals russische Staatsangehörige sind, und zwar ein ehemaliger Angestellter der Vertretung der ukrainischen Räterepublik in Berlin, namens Samarofow, ein ehemaliger Untersuchungsrichter der zaristischen Ochrana, der ehemalige kaiserliche russische Staatsrat Wladimir Orloff, der russische Baron Sergei Rißter, der Sohn eines ehemaligen russischen Senators, und die Freundin Samarofows, ein Fräulein Gertrud Dämmeler aus Berlin. Orloff und Samarofow haben bereits ein vollständiges Geständnis abgelegt. Sie wurden, als die Hauptbelasteten, in Haft gehalten, während Baron Rißter und Fräulein Dämmeler, die nur eine untergeordnete Rolle in dem Fälscherbetrieb spielten, wieder freigelassen worden sind. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung Orloffs hat ein gerades riesenhaftes Material zutage gefördert, das erkennen läßt, daß es sich um eine besonders raffiniert arbeitende Werkstatt zur Fälschung politischer Dokumente handelt. Die Sichtung des Materials wird noch mehrere Wochen in Anspruch nehmen und voraussichtlich noch große Lieberbrahrungen zutage fördern. Durch das Geständnis der beiden Hauptangeklagten ist bereits aufgeklärt, daß aus ihrer Werkstatt die 15 Dokumente stammten, mit denen versucht worden ist, einen politischen Feldzug gegen die amerikanischen Senatoren Borah und Norris ins Werk zu setzen. Man hatte versucht, an Hand gefälschter Quittungen zu behaupten, daß beide Senatoren von der Sowjetregierung im geheimen bestochen worden seien. Im Januar dieses Jahres hatte ein besonderer Ausschuss des amerikanischen Senats diese Schriftstücke nach einer fast wöchentlangigen Prüfung dieser Angelegenheit als Fälschungen festgestellt. Die Entdeckung der Fälscherzentrale wurde dadurch ermöglicht, daß Samarofow dem Berliner Vertreter der "New York Evening Post", Knickerbocker, Dokumente aus seiner Fälscherwerkstatt anbot. Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Staatsrats Orloff wurden insgesamt drei große Kisten voll russischer Dokumente beschlagnahmt. Außerdem fand man ganze Garnituren von Gummi- und Metallstempeln von Sowjetbehörden, ein vollständiges chemisches Laboratorium, in dem wahrscheinlich Schrift- und Druckzeichen auf chemischem Wege aus Dokumenten entzerrt wurden, ferner Briefpapier und Formulare der kommunistischen Internationale und von Sowjetbehörden. Zur Ausrichtung gehörte noch eine aus mehr als 500 Karten bestehende Kartothek mit

den Lichtbildern und genauen Biographien aller bekannten Sowjetpolitiker und der ihnen besonders nahestehenden Kommunistenführer der verschiedenen Länder. Orloff, der eine Zeitlang unter der Sowjetregierung noch in Russland tätig war und einen Posten in der Tscheka bekleidete, hat später in Berlin eine Spionagesentrale geleitet, die für Denikin und Wrangel arbeitete. Seine politische Fälschertätigkeit hat ihm so viel eingebracht, daß es ihm möglich war, ein Villengrundstück in Schandau zu erwerben. Man hatte schon seit einiger Zeit Verdacht gegen ihn. Im vorigen Jahre hat die politische Polizei in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vornehmen lassen, die aber ergebnislos verliefen ist.

Amerikanische Schritte bei der Reichsrenierung.

(Berlin, 3. März. Die Berliner Blätter aus Washington gemeldet wird, haben die Senatoren Borah und Norris auf Grund der dort bekanntgewordenen Meldungen über die Aufdeckung der großen Fälschungen die amerikanische Regierung ermahnt, bei der deutschen Regierung Schritte zu unternehmen, um unter allen Umständen die im Rahmen der deutschen Reichsregierung mögliche Verhaftung der Fälscher zu erreichen.

Der Berliner Polizeipräsident

veröffentlicht zu der Festnahme eine Mitteilung, in der es heißt:

Bei dieser Angelegenheit handelt es sich um zwei frühere russische Staatsangehörige, Wladimir Orloff und Peter Pawlowitsch, die bereits im Jahre 1928 in dem Verdacht standen, Verfälscher von damals in Umland gekommenen angeblichen Originaldokumenten der kommunistischen Internationale zu sein, und um zwei weitere Personen, denen eine wesentliche Beteiligung jedoch nicht nachgewiesen werden konnte. Diese beiden letzteren sind daher nach ihrer Vernehmung wieder entlassen worden. Bisher konnte festgestellt werden, daß die einem amerikanischen Journalisten angebotenen drei Urkunden im Jahre 1926 von Orloff angefertigt worden sind. Es diese drei Dokumente mit den seinerzeit in Paris angekauften, die Senatoren Borah und Norris kompromittierenden Dokumente identisch sind, ist bisher nicht festgestellt worden, ebenso nicht, welche Bewandnis es mit den Pariser Dokumenten hat. Die in amerikanischen Zeitungen wiedergegebene Nachricht, daß Orloff und Pawlowitsch gefangen hätten, den sogenannten Sinowjew-Brief angefertigt zu haben, trifft nicht zu.

Verhaftung wegen der Geheim-Verträge.

Albert Frank unter der Beschuldigung der Dokumentenfälschung verhaftet.

Paris, 3. März. Nachdem die "Nation Belge" einen gewissen Albert Frank als den Fälscher der angeblichen Geheimverträge bezeichnet hatte, veröffentlicht nunmehr das "Journal" Einzelheiten über das Geständnis, daß der geflüchtete Sowjetagent bei seiner Ankunft in Brüssel Verhaftet abgelegt haben soll. Er habe unumwunden angegeben, daß er das vom "Utrechtse Dagblad" veröffentlichte Dokument gefälscht habe. Der Untersuchungsrichter nahm mehrere Zeugenvernehmungen vor. Insbesondere wurde die Frau Frank vernommen, die wieder freigelassen wurde. Ueber Frank selbst, der gleichfalls einem eingehenden Verhör unterzogen wurde, wurde die Untersuchungshaft verhängt unter der Anschuldigung der Fälschung.

Frank habe erklärt: Ich habe mich eines alten, lange Zeit vor dem Kriege zwischen zwei Staaten abgeschlossenen Vertrages bedient. Es handelt sich nicht etwa um einen Vertrag zwischen Belgien und Frankreich. Ich brauchte nur am Text gewisse Änderungen vorzunehmen, um ihn der besonderen Lage Frankreichs und Belgiens anzupassen. Die Protokolle über die zwischen Vertretern der Generalstabes abgehaltenen Besprechungen habe ich gleichfalls bei diesem alten Vertrag gefunden. Ich glaube nicht, ein großes Verbrechen begangen zu haben. Ich habe weder Frankreich noch Belgien verkauft, sondern einfach meinen Käufer hineingelegt, und das ist doch schließlich eine banale Betrügerei. Dieser Käufer ist ein fremder Journalist gewesen, der die Dokumente an die "Utrechtse" Zeitung weitergegeben hat. Das vom "Utrechtse Dagblad" veröffentlichte Dokument sei eine Abänderung eines alten Vertrages zwischen Frankreich und Russland, der von der Sowjetregierung bekanntgegeben worden sei. Er habe sich mit Aktivitäten in Verbindung gesetzt, und durch Vermittlung von Waard Derremans, eines Redakteurs der Zeitung "Schelde", sei das Dokument nach Utrecht verkauft worden. Wegen Derremans ist ein Haftbefehl erlassen worden, der aber noch nicht ausgeführt werden konnte.

"Journal" veröffentlicht Einzelheiten aus dem Leben des Albert Frank. Frank sei der Sohn eines holländischen Juden und einer Deutschen. Er wolle mütterlicherseits von Heinrich Heine (?) abstammen.

Ueber die Vernehmung des Dokumentenfälschers Frank.

(Paris, (Frankfurt.) Einige Morgenblätter haben über die Geständnisse des Dokumentenfälschers Frank, die er vor dem belgischen Untersuchungsrichter gemacht haben soll, Darstellungen, aus denen zu schließen ist, daß Frank im Interesse Belgiens gehandelt haben will. Nach dem Journal soll er behauptet haben, er habe noch andere falsche Dokumente ausgeliefert, nämlich ein falsches Protokoll über die Lage des belgischen Heeres, das der Generalstabschef, General Gallet, vor der gemischten Militärkommission im vergangenen Jahre gemacht haben soll, und zwar in dem Augenblick, in dem die Frage der Reorganisation des belgischen Heeres akut war. Indem er so vorgegangen sei, wolle er ein gutes Werk getan haben. Dem Blatt zufolge habe er vor dem Untersuchungsrichter zu beweisen gesucht, daß er die deutschen und belgischen Aktivitäten und sogar die Doktrinen hineingelegt habe. Er soll sogar die Ansicht geäußert haben, daß man ihn begnadigen müsse und ihm eine gute Behandlung schulde. Diese Erzählungen, die zum Teil so abgefaßt sind, als ob sie von den Pressevertretern aufgenommen worden seien, müssen mit größter Vorsicht angenommen werden, da bekanntlich politische und gerichtliche Voruntersuchungen in allen Ländern geheim geführt werden. Nach dem Petit Parisien soll Frank übrigens auch Angehöriger der Independence Belge in Brüssel und Mitarbeiter der angesehenen Wochenchrift "Le Flambeau" gewesen sein.

wenn er seinen elementarsten Lebensbedürfnissen Rechnung trägt. Mindestens müßte Bolivien eine Freizugszone eingeräumt bekommen. Ohne Boliviens Zustimmung

ist kein Friede an der Küste des Stillen Ozeans möglich. Ohne Boliviens Befriedigung wäre aber auch keine südamerikanische Einigung möglich.